

## Ergebnisprotokoll der 3. Sitzung der AG Perspektive am 17. Februar 2010

Teilnehmer: Frau Ambrosy-Schütze

Frau Bruns  
Herr Dr. Dürr  
Frau Fendler  
Frau Lenk  
Frau Perzul  
Herr Richter  
Herr Dr. Seeber  
Herr Wagner  
Herr Wehner  
Herr Zuch

Sitzungsort und –zeit: OKR, Philosophenweg 1, 15.00 Uhr – 17.00 Uhr

Ergänzungen / Änderungen des Protokolls zur 2. Sitzung

- Herr Zuch hat an der Sitzung teilgenommen
- Änderungen von Herrn Dürr liegen schriftlich vor.
- Die Texte werden in das Protokoll eingearbeitet. Das Ergebnisprotokoll der 2. Sitzung wird mit den Ergänzungen einstimmig verabschiedet.

Herr Seeber berichtet von einem Telefonat mit Frau Blütchen. Dabei äußerte Frau Blütchen ihre Irritationen über die inhaltlichen Arbeiten der AG, denn dies würde sich ja in vielen Fällen mit anderen Ausschüssen und/oder AG's überschneiden und man solle doch Doppelarbeit vermeiden. Herr Seeber stimmt der Position im Grundsatz zu, allerdings müsse aufgrund des Selbstverständnisses der AG Perspektive diese die Möglichkeit haben, in vielen Feldern vorzudenken und da ließen sich solche Überlappungen nicht vermeiden. Die AG Perspektive verstehe sich auch nicht als die Gruppe, die das neue Bild der Kirche in 2020 vorzeichnen wolle, aber es müsse schon möglich sein, vorzudenken. Andererseits sei auch klar, dass die AG Perspektive kein Mandat vergleichbar der früheren Steuerungsgruppe habe. Auch solle hier kein Wunschbild der Zukunft gezeichnet werden, sondern eine realistische Zukunftsperspektive entwickelt werden, die auf der Basis der heute schon erkennbaren Situation entwickelt wird.

Frau Blütchen wies darauf hin, dass der geplante Informationsaustausch mit den Kreisfarrern nicht den Regelungen der Geschäftsordnung der Synode entspreche und daher nicht stattfinden solle. Hier muß durch den Vorsitzenden geklärt werden, was mit dem Einladungsbrief geschehen ist und ggf. ein entsprechendes Schreiben hinterhergeschickt werden.

Unklar sei auch, wieso an der AG Perspektive so zahlreiche Vertreter der Verwaltung teilnehmen, denn nach Synodenbeschluss sei die Mitgliedschaft festgelegt. Hier wird verwaltungsintern mit Frau Blütchen eine Klärung herbeigeführt.

TOP 3: Beratung zur Pfarrerversorgung

Grundlage dieser Beratung ist das Ursprungspapier von Herrn Dürr sowie die zusammenfassende Darstellung von Herrn Zuch. Als Einstieg werden die zentralen

Überlegungen vorgestellt. Mit Frau Lenk entwickelt sich eine konstruktive und lebhaft Diskussions. Grundtenor ist, dass Frau Lenk diesen Ansatz für sehr tragfähig hält, um die absehbare Entwicklung in der Pfarrerversorgung der Kirche in Oldenburg zu ermöglichen. Als besonderes Merkmal dieser neuen Bewertungen hebt sie hervor, dass mit diesem Ansatz die Gemeinden entlastet werden, selber nach Kriterien suchen zu müssen, vielmehr wird hier eine zentrale Struktur vorgegeben, die dann für alle anwendbar ist.

Aus ihren eigenen Erfahrungen heraus mit vergleichbaren negativen Entwicklungen, die ja die „Ostkirchen“ bereits seit einiger Zeit erreicht haben, hebt sie hervor, dass hier rechtzeitig mit diesen Überlegungen begonnen wurde, denn noch bestehe diese Mangelsituation nicht – sie ist aber klar absehbar.

Für sie ist auch wichtig, regionale Besonderheiten in den Blick zu nehmen, denn dann können die Menschen vor Ort für diese schmerzlichen Entwicklungsschritte besser „mitgenommen“ werden.

Besonderen Einfluss auf die Bewertung haben die ausgewiesenen Sondersituationen. Dabei blieb unklar, in welchem Umfang die Situation „Diaspora“ eine Sonderposition darstellt, die eine Stellenaufstockung rechtfertigt. Hier besteht noch weitergehender Beratungsbedarf.

Allen Beteiligten wird mit der Beratung deutlich, dass hier ein Vorschlag entwickelt wird, der einen „Umsturz im Denken“ bedeutet. Daher bedarf der Prozess der Umsetzung einer besonders guten Begleitung, um die „Erwärmung der Öffentlichkeit“ zu erreichen, diesen Weg mitzugehen.

Weitere offene Fragen können nicht abschließend beraten werden:

- Wer entscheidet und wie erfolgt künftig die Pfarrstellenbesetzung?
- Sondersituationen sollten nicht alle jetzt schon perfekt gelöst werden, es ist besser, jetzt grundsätzliche Regelungen zu klären, sonst drohe eine Zerfaserung.
- Sondersituationen sollten benannt werden, um die Diskussion zu dem gesamten Thema nicht zusätzlich zu belasten.
- Fragen zum „missionarischen Ansatz“ werden bisher ausgespart (Wie können wir wachsen? Wie kann man Gemeindeglieder hinzugewinnen?)
- Diaspora gibt es nicht nur in Süddoldenburg, sondern auch in Sonderformen z.B. in Wilhelmshaven, wo nur noch 35% der Einwohner evangelisch sind.
- Unklarheit besteht auch über das inhaltliche Verständnis zum Begriff „Region“. Allerdings ist auch feststellbar, dass regionalisierte Situationen bereits entstanden sind.
- Was passiert mit Gemeinden, die sich nicht regional vernetzen wollen (finanzielle Abstrafung?)
- Welche Anreize zur Kooperation bestehen – hier sollten Festlegungen und Möglichkeiten frühzeitig entwickelt werden.
- Fragen nach dem inneren Zusammenhalt der Gemeinden vor Ort werden angesprochen. Wie kann verlässlich ein Ansprechpartner geboten werden (ggf. über das Kirchenbüro?)
- Hinweise zum Kuratorenmodell in der Braunschweigischen Kirche und Schulungsangebote in der hannoverschen Kirche.

Herr Zuch wird angefragt, dazu auf der nächsten Sitzung Beispiele vorzustellen. Und will das auch tun.

Es ist wichtig, dass auch bei mehreren zu betreuenden Gemeinden der Pfarrerin in jeder Gemeinde ein „Amtszimmer“ zur Verfügung steht, an dem sie verlässlich erreichbar ist.

Kurz angesprochen wird die Vorlage zum künftigen Umgang mit Immobilien. Da das Thema aktuell auch intensiv in anderen Gremien beraten wird, kann hier zunächst eine Zurückstellung erfolgen. Herr Seeber sagt zu, Herrn Dede als Vorsitzenden der AG Umweltinitiative und des Unterausschuß Bauliste entsprechend zu informieren.

Dennoch auch hier einige Fragestellungen:

- Wie wird die erforderliche Grundausstattung gesichert?
- An wen verkaufen wir? (Nicht an freikirchliche Gruppen?)
- Wir erhalten Gemeinden ohne Verkaufsmöglichkeit Unterstützung für ihre Aufgaben?
- Ist ggf. Abriss eine Alternative?
- Welche Pfarrhausnutzungsmöglichkeiten eröffnen sich?
- Kann Residenzpflicht zur Störung/Irritation bei der Regionalisierung führen?

Die Sitzung wird beendet und die Themen auf die Beratungen am 11. März vertagt.

Dr. Jobst Seeber